

KiezNachrichten

März 2006 / Nr. 1

Berlin, 17.03.2006

Es geht um die Kanalisation

Liebe Einwohner von Buchholz

Als Vorsitzender des Petitionsausschusses ist es meine Aufgabe für Gerechtigkeit zu sorgen. Aus vielen Petitionen weiß ich, dass ihnen der Anschluss an die öffentliche Kanalisation am Herzen liegt. Inzwischen konnten wir erreichen, dass einige Gebiete bis 2008 angeschlossen werden für ca. 8000 Berlinerinnen und Berliner soll das vorläufig nicht der Fall sein. Hauptargument der Wasserbetriebe sind die zusätzlichen Kosten für notwendige Druck- bzw. Saugstationen.

Dieses Argument kann und werde ich nicht akzeptieren. Anfang der 80 Jahre haben wir eine Erhöhung der Abwasserpreise um 0,50 €/m³ (1 DM) zugestimmt mit dem Argument, vor allem in Ost Berlin die fehlende Kanalisierung zu finanzieren. Bei einem durchschnittlichen Berliner Wasserverbrauch von 250 Millionen m³ haben die Wasserbetriebe zwischenzeitlich ca. 1,5 Milliarden Euro eingenommen. Unstrittig ist, dass auch viel investiert wurde, aus meiner Sicht sind die Investitionen für die Hauptsammler in den Straßen längst bezahlt, zumal in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft Kanalisation vorhanden ist.

Es geht also lediglich um die Mehrkosten für die technisch notwendigen Druck- bzw. Saugstationen. Auf Dringen unseres Petitionsausschusses ist das Abgeordnetenhaus dahingehend aktiv geworden, dass die Wasserbetriebe aufgefordert wurden, die Mehrkosten dafür zu benennen.

Ansichts der bereits genannten Mehreinnahmen scheidet aus meiner Sicht das Argument "keine Wirtschaftlichkeit" der Wasserbetriebe aus.

Aus Gründen des Schutzes der Umwelt hat das Europäische Parlament allen EU-Ländern die Auflage erteilt, 99 % aller Haushalte an das öffentliche Abwassernetz anzuschließen. Für Gesamt Berlin ist diese Forderung zwar fast erfüllt, betrachtet man jedoch nur den Ostteil unserer Stadt (z. Z. 96 %) bleibt noch einiges zu tun.

Dafür würde ich mich auch in Zukunft einsetzen.

Ihr Ralf Hillenberg

Vorsitzender des Petitionsausschusses
Direktkandidat Buchholz, Buch, Karow

Standpunkt:

Der Osten hilft dem Westen und das ist gut so (aber nicht ohne Eingennutz)

Der Einsatz für Gerechtigkeit war und ist oberster Grundsatz meiner politischen Tätigkeit. Nun sollte man glauben, wenn man Ungerechtigkeiten beseitigen will, dass das parteiübergreifend Zustimmung findet, aber mit Nichten. Für den Ostteil der Stadt gilt, durch den Einigungsvertrag gesichert, dass die überwiegende Mehrzahl der Straßen als endgültig erschlossen angesehen werden. Das gilt für den ehemaligen Westteil nicht. Hier gibt es Beispiele dafür, dass Straßen die seit Jahrzehnten dem Verkehr freigegeben wurden, nunmehr in Höhe von 90 % der Kosten von den Anwohnern bezahlt werden müssen.

Um auch hier Gerechtigkeit gelten zu lassen, hat die Koalition von SPD und PDS darum beschlossen, die gleichen Bedingungen ab dem 3.10.1990 auch für den Westteil gelten zu lassen, d. h. dass Straßen, die vor dem 3.10.1990 teilweise oder vollständig erschlossen wurden und bis heute nicht abgerechnet wurden, nicht mehr veranlagt werden können. Wer nun glaubt, dass alle Abgeordneten diese Unrechtbehandlung verändern wollten, sah sich getäuscht. Die gleichen, die der Regierungskoalition im Zusammenhang mit dem Straßenausbau-

beitragsgesetz Abzockementalität vorgeworfen haben, beklagen nunmehr, dass sie Einnahmeverluste durch die Änderung des Erschließungsbeitragsgesetzes hinnehmen müssen. Verlogener kann eine Politik nicht sein.

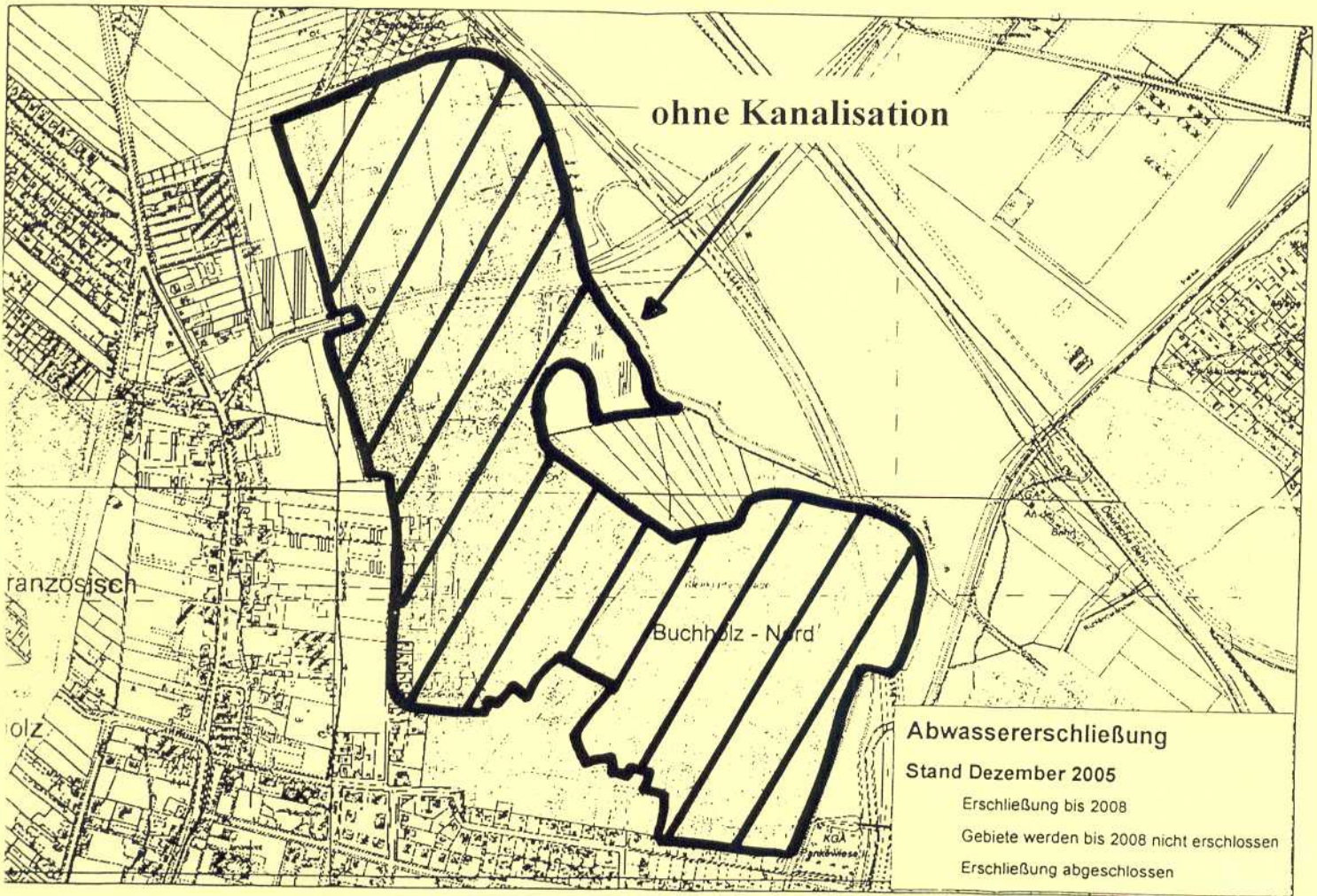
Bei der Änderung des Erschließungsbeitragsgesetzes kam es auch darauf an, klarzustellen, dass auch teilweise hergestellte Straßen, an denen nachträglich Teilleistungen wie Gehweg oder Regenentwässerung hinzugefügt werden ebenfalls nicht mehr veranlagt werden können. Das galt auch nach dem alten Erschließungsbeitragsgesetz, aber durch diese Klarstellung muss auch der zuständige Stadtrat im Bezirksamt Pankow Herr Federlein begreifen, dass u. a. er im Bezug auf der Hubertusdamm und die Röländerstraße in Karow einen Fehler begangen hat.

Zwar sind rückwirkend bereits veranlagte Erschließungsmaßnahmen nicht mehr umkehrbar, aber im Beispiel Hubertusdamm und Röländerstraße wurde gegen die Entscheidung des Stadtrats Federlein von allen Beteiligten Widerspruch eingelegt. Formal ist das damit ein schwebendes Verfahren und hier steht der Stadtrat in der Pflicht

Die nächsten Bürgersprechstunden und Skatturniere:

Dienstag	11.04.06	17:00 Uhr	Bürgersprechsunde	Spinolastr. 28 B, Karow
Donnerstag	13.04.06	17:00 Uhr	Bürgersprechsunde	"Irish Pub", Alt-Karow 35, Karow
Donnerstag	13.04.06	18:00 Uhr	Preisskat	"Irish Pub", Alt-Karow 35, Karow
Freitag	05.05.06	17:00 Uhr	Bürgersprechsunde	"Tante Erna", gegenüber S-Bhf. Buch
Freitag	05.05.06	18:00 Uhr	Preisskat	"Tante Erna", gegenüber S-Bhf. Buch
Dienstag	09.05.06	17:00 Uhr	Bürgersprechsunde	Spinolastr. 28 B, Karow

Buchholz Nord



Buchholz Altsiedlung - Buchholz West

